



Im Blickpunkt: Die Thüringer als Europäer

Thüringen-Monitor 2014: Fremdenfeindlichkeit in Thüringen bleibt auf hohem Niveau

Im Rahmen einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow beschäftigt sich jetzt der Thüringer Landtag mit dem Thüringen-Monitor 2014. Bereits zum vierzehnten Mal werden damit Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu politischen und gesellschaftlichen Grundsatzfragen, darunter ihre Demokratieunterstützung, ihr Vertrauen in demokratische und rechtsstaatliche Institutionen sowie ihre Partizipationsbereitschaft dokumentiert. Schwerpunkt diesmal ist das Verhältnis der Thüringer zur Europäischen Union – „Die Thüringer als Europäer“.

Die von Wissenschaftlern des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität vorgelegte Untersuchung basiert auf einer repräsentativen Befragung vom Mai/Juni 2014 und begann unmittelbar nach der Europawahl. Dabei sah nur knapp ein Drittel der (telefonisch) Befragten für Thüringen mehr Vorteile in der EU-Mitgliedschaft, etwa ein Viertel mehr Nachteile und eine knappe Mehrheit (52 Prozent) meinte, dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen.

Die Autoren der Studie betonten aber, dass sich eine „tendenziell freundliche Grundstimmung“, die sie schon 2012 bei Fragen zu Europa ermittelt hatten, nochmals verstärkt habe. Dafür stehen folgende Angaben: 84 Prozent assoziieren mit der EU Frieden, 61 Prozent Wohlstand und 73

Prozent Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. 68 Prozent der Befragten wollen den Euro behalten.

Kritisch gesehen werden die Bürokratie in der EU (78 Prozent), Geldverschwendung (64 Prozent) und Kriminalität (52 Prozent). Dass sich Europa in die richtige Richtung entwickle, das unterstrichen 55 Prozent, „falsche Richtung“ meinten 32 Prozent. Besonders hoch auch die Zustimmung zu Volksabstimmungen bei wichtigen Entscheidungen (83 Prozent).

Abwertung Langzeitarbeitsloser steht bei Menschenfeindlichkeit in Thüringen an der Spitze

Zum aktuellen Zustand der politischen Kultur in Thüringen zogen die Autoren des Thüringen-Monitors ein positives Bild: Zunehmende Demokratiezufriedenheit, zunehmendes Institutionenvertrauen und ein hohes Maß an Demokratieunterstützung.

Der Durchschnittsthüringer zeige sich allerdings „nicht überzeugt, den gerechten Anteil in der Gesellschaft im Vergleich zu anderen in Deutschland zu erhalten“. Dennoch sei er sich seines Status sicher und fürchte nicht, auf die Verliererseite des Lebens geraten zu können.

Besonders bedenklich sind allerdings die Angaben zu Indikatoren für „Menschenfeindlichkeit in Thüringen“, bei denen die Abwertung Langzeitarbeitsloser mit 53 Prozent an der Spitze steht! Es folgen: Feindlichkeit gegen

Muslime (47 Prozent), Feindlichkeit gegen Asylbewerber (45 Prozent), Abwertung Obdachloser (39 Prozent), Feindlichkeit gegen Sinti und Roma (36 Prozent), Ausländerfeindlichkeit (35 Prozent). Insgesamt bleibt die Fremdenfeindlichkeit auf einem hohen Niveau. So stimmten 48 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichem Maße überfremdet“ sei. Und was an diesem Wert auch erschreckt – zum Thüringen-Monitor 2013 bedeutet dies einen Anstieg um sechs Prozent. Zustimmung zu der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, signalisierten 36 Prozent und 32 Prozent stimmten dem Satz zu: „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit Opfer gewesen sind.“

Im Fazit der Befragung heißt es: „Auch in Zeiten wirtschaftlicher Konsolidierung und eines zurückgehenden manifesten Rechtsextremismus bestehen nach wie vor latente Gefahren für die politische Kultur in Thüringen. Sie zeigen sich in Sympathien für diktatorische Ordnungen und in militanten Ressentiments gegen bestimmte Gruppen in der Gesellschaft. Verdichtet in politischen Milieus bilden solche Orientierungen das Mobilisierungspotential für Parteien, die sich in kritischer Distanz oder militanter Gegnerschaft gegenüber den Werten und Ordnungsprinzipien des demokratischen Verfassungsstaats befinden.“ A.R. ■

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

In der Armutsfalle

Man kann nur von einem dramatischem Versagen verantwortlicher Bundes- und Landespolitik in den vergangenen Jahren sprechen, sieht man sich die alarmierenden Ergebnisse des jetzt vorgelegten Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbandes an. Danach war die Armut in Deutschland noch nie so groß. In Thüringen sind 400.000 Menschen betroffen, 18 Prozent aller Einwohner. Innerhalb eines Jahres sind mehr als 20.000 Thüringer neu hinzugekommen. Bundesweit lag die Quote bei 15,5 Prozent. Wirklich beruhigen kann dabei nicht, dass Thüringen nach Brandenburg (17,7 Prozent) die zweitniedrigste Armutsquote in Ostdeutschland hat. Mecklenburg-Vorpommern lag mit 23,6 Prozent an der Spitze. Bremen führt bundesweit mit 24,6 Prozent. Als arm gilt, wessen Einkommen unter 60 Prozent des Durchschnitts liegt. Das waren 2013 für Singlehaushalte 892 Euro, für Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren 1873 Euro.

Die Armutsentwicklung wird sich in den kommenden Jahren zuspitzen, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird. Dies ist vor allem auf die Langzeitwirkungen der verheerenden Niedriglohnstrategie zurückzuführen. Es geraten immer mehr ältere Menschen in die Armutsfalle. Nach Angaben des Paritätischen in Thüringen ist die Altersarmut im Land seit dem Jahr 2006 um fast die Hälfte angestiegen und sie wird in den nächsten Jahren erdrutschartig zunehmen.

Nach 25 Jahren müssen die Ungerechtigkeiten in der Rentenpolitik endlich beseitigt werden, ist die Ost-West-Angleichung überfällig. So ist auch die immer noch nicht geklärte rentenrechtliche Situation der in der DDR geschiedenen Frauen einfach nur skandalös. Und oft gehen Menschen aus falscher Scham nicht zu den Ämtern. Sie sollten aber ihr gutes Recht wahrnehmen und Anträge auf Grundsicherung im Alter stellen, damit sie nicht länger in versteckter Armut leben müssen.

Die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung wird alles in ihrer Macht stehende tun, um dieser verheerenden Entwicklung Einhalt zu gebieten. So wird sie entsprechend dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene jede Initiative unterstützen bzw. eigene Initiativen starten für die notwendigen Verbesserungen in der Rentenpolitik. ■

AKTUELL

Regelsatz zu niedrig für Stromkosten

Bezogen auf eine aktuelle bundesweite Analyse, die die Stromkosten in Relation zu den Hartz-IV-Regelleistungen setzt, forderte Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Eine Reform der Hartz-IV-Gesetzgebung ist dringend notwendig. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Stromkosten ist die Regelleistung durchschnittlich 116 Euro zu niedrig. Als ersten Schritt muss es einen vollen Ausgleich der Stromkosten im Regelsatz und die Neuauflage eines Projektes zur Energieberatung mit praktischer Hilfe zur Einsparung von Energie in Bedarfsgemeinschaften geben.“

Laut Analyse liegen die Stromkosten monatlich 29 Prozent höher als die im Regelsatz veranschlagten 33,39 Euro. In der Praxis kostet die

Grundversorgung durchschnittlich im Monat 43 Euro. Zudem steigen die Kosten für Energie seit langem stetig. „Viele Betroffene können mit dem veranschlagten Betrag die tatsächlich anfallenden Stromkosten nicht bezahlen oder müssen bei Kleidung, Essen oder Freizeitgestaltung sparen“, so Ina Leukefeld weiter.

Zwar gebe es keine allgemeingültige Definition für den Begriff Energiearmut, aber diese sei in vielen Familien schon Realität. So gelte ein Haushalt als energiearm, wenn mehr als zehn Prozent des Nettoeinkommens für Wohnenergie aufgewendet werden müssten. „Diese menschenunwürdige Grundsicherungsleistung muss endlich auf Bundesebene geändert werden. Es ist absurd, dass der Strom zum Haushalt gehört und daher mit der Regellei-

stung bereits abgegolten ist. Eine für die Betroffenen positive Lösung wäre, die Stromkosten aus dem Regelsatz herauszunehmen und wie die Kosten der Unterkunft in voller Höhe zu bezahlen.“ Die LINKE-Politikerin will dazu im Land Thüringen eine Bundsratsinitiative anregen. Außerdem, so Ina Leukefeld weiter, sei zu hinterfragen, welche Resultate die „Abwrackprämie“ für energiefressende Haushaltsgeräte gebracht habe und ob sich dort noch einiges nachbessern ließe.

„Es kann nicht angehen, dass Strom in Deutschland zum Luxusgut wird. Energie gehört wie ein Dach über dem Kopf zum Existenzminimum“, hatte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes gesagt und unbürokratische Sofortlösungen verlangt. ■